

Petition gegen den Ausbau auf sechs Spuren

Eine Interessengemeinschaft sammelt Unterschriften gegen den A1-Ausbau. Die Verkehrspolitik gehe in die falsche Richtung, findet sie.

Dominic Kobelt

Geht es nach der Aargauer Regierung, soll die A1 auf knapp 15 Kilometern auf sechs Spuren ausgebaut werden. Geplanter Beginn ist 2031, rund sechs Jahre würden die Arbeiten dauern und 770 Millionen Franken kosten. Nun hat sich die IG Stopp Autobahnausbau (StAu) formiert, die das verhindern möchte. Vertreten sind die kantonalen Sektionen von VCS, WWF, Klimastreik, Junge Grüne, Juso, Junge GLP, SP und Grüne, und die Organisation OASAR – Kein Schwerverkehr durchs Wasserschloss. Sie wollen mit einer Petition «den Grossrat wieder auf Kurs bringen und den 6-Spur-Ausbau verhindern».

Wie Grossrat Christian Keller (Grüne) an einer Pressekonferenz erläutert, sei es nicht mehr zeitgemäss, das Strassennetz weiter auszubauen. «Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten», hält er fest. Die Autobahn soll beidseitig je 3,75 Meter breiter werden, so seien vom Ausbau 25 Hektaren betroffen, davon 14,2 Hektaren wertvoller Fruchtfolgeflächen. Hinzu kommen 2,4 Hektaren Wald, die zwar nach dem Waldgesetz ersetzt werden müssen, doch auch hier habe man Fragezeichen, sagt Keller: «Besonders problematisch finden wir, dass auch geschützte Waldflächen betroffen sind. Es sind Auswirkungen auf Flora, Fauna und verschiedene Lebensräume zu erwarten.»

Keller: «Wer im Stau sitzt, hat ihn mit verursacht»

Die IG StAu fordert nichts weniger als eine Mobilitätswende. Der Individualverkehr sei für 30% der Schweizer Treibhausgasemissionen verantwortlich. «Elektroautos sind zwar umweltfreundlicher, aber es muss auch die Herstellung berücksichtigt werden, und woher der Strom schlussendlich kommt», betont



Oben, v.l.: Nora Langmoen, SP Aargau, Christian Keller, Grüne Aargau, Maurus Kaufmann, VCS Aargau, Reinhold Henneck, IG OASAR, Ramon Ballmann, JGLP Aargau. Unten, v.l.: David Sommer, Juso Aargau, Peter Wehrauch, Junge Grüne Aargau, Kristina Scherrer, Klimastreik Aargau. Bild: Dominic Kobelt

Keller. Deshalb fordern die Vertreter der Interessengemeinschaft, dass vermieden, verlagert und verzichtet wird. Konkret soll der öffentliche Verkehr gegenüber dem Auto deutlich attraktiver werden. Nebst günstigeren Zug- und Bustickets könnte dies auch eine Förderung von Car-Sharing-Angeboten beinhalten, denn wer ein Auto in der Garage stehen habe, der habe sein Verkehrsmittel meist schon gewählt, ist Keller überzeugt. Auch die Digitalisierung solle man nutzen, schlägt der Grossrat vor: «Ich könnte mir vorstellen, dass man mit einer App einen Zeitraum zugewiesen bekommt, und eine Strecke. So könnte man auch Stau vermeiden.» Mobility-Pricing oder finanzielle Anreize für kurze Arbeitswege könnten weitere Mittel sein, um den Verkehr zu lenken.

Maurus Kaufmann, Co-Präsident des VCS Aargau, erklärt, man dürfe auch nicht davor zu-

rückschrecken, Flächen, die heute vom motorisierten Individualverkehr genutzt werden, anderen Verkehrsmitteln zuzuführen, die flächeneffizienter und klimafreundlicher sind. «Zudem muss der Staat auch nicht jede Verkehrsnachfrage erfüllen.» Christian Keller betont in diesem Zusammenhang die Verantwortung der Autofahrer: «Wer im Stau sitzt, ist nicht nur Opfer, sondern Mitverursacher.»

Und Jonas Fricker vom WWF Aargau erklärte, dass sich der WWF hauptsächlich für Biodiversität und Klimaschutz einsetze. «Der geplante Ausbau der A1 führt zu weniger Lebensraum für Tiere und Pflanzen und zu mehr CO₂. Er läuft also beiden Zielen entgegen», so Fricker.

«Die Welt hat sich inzwischen geändert»

Doch wie sieht die links-grüne Allianz die Chancen, ausgerech-

net im Autokanton Aargau den Ausbau der Autobahn zu verhindern? «Die Zeit spricht für uns, die Leute werden sich der Umweltproblematik mehr und mehr bewusst», ist Keller überzeugt. Zwar sei ihm bewusst, dass in ländlichen Regionen manch einer auf ein Auto angewiesen sei. Allerdings gebe es in den Städten zu viele Parkplätze. «Für alles brauchen wir das Auto, ausser wenn wir nach Zürich in die Stadt wollen. Und genau das wäre eigentlich ein gutes Konzept, es dürfte nicht so bequem sein, mit dem Auto grosse Distanzen zurückzulegen.» Jonas Fricker unterstreicht, dass es sich um ein Bundesprojekt handle, der Anstoss dazu kam von einem alten Parlament – «die Welt hat sich in der Zwischenzeit geändert». Das Projekt sei zwar schon aufgelegt, «wir wollen aber auch im Aargau zeigen, dass wir das nicht wollen».

Unterzeichne die Petition gegen den Ausbau der A1 im Kanton Aargau auf 6 Fahrstreifen!

<https://www.openpetition.eu/ch/petition/online/stopp-autobahnausbau>

Bauernverband Aargau wehrt sich gegen Kulturlandverlust

Ausbau A1 Im Zusammenhang mit dem A1-Ausbau auf sechs Spuren meldet sich auch der Bauernverband Aargau (BVA) zu Wort. Das Vorhaben sei zwar nachvollziehbar, soll aber nach Ansicht des Verbands zwingend ohne Kulturlandverlust erfolgen. Im Projekt sind aktuell zehn Hektaren Kulturland betroffen, davon rund die Hälfte Fruchtfolgeflächen. Der Verband schlägt vor, kreativere Lösungen zu finden. «Vorstellen kann sich der BVA etwa einen permanenten Miteinbezug des Pannentstreifens, der via Lichtsignalanlage intelligent gesteuert werden kann», heisst es in einer Mitteilung. Das funktioniere heute bei Tunnelanlagen oder bestehenden Autobahnen bestens.

Ein weiterer Vorschlag: die bestehende Böschung soll steiler gestaltet werden. «Dies etwa anstelle der bestehenden Grasbö-

schungen, die heute anstatt viel Biodiversität einen hohen Neophytenruck aufweisen.»

Keine Option ist für die Bauern dagegen die Kompensation des Verlustes der Fruchtfolgeflächen mit Bodenaufwertungen an anderer Stelle. «Während nämlich der Boden beim Autobahnausbau für immer versiegelt ist und auf diesen Flächen keine Nahrungsmittel mehr produziert werden können, so resultiert auf der aufgewerteten Fläche nur eine kleine Ertragssteigerung gegenüber der heutigen landwirtschaftlichen Nutzung», schreibt der Bauernverband.

Solange für den Ausbau auf sechs Spuren im vorgeschlagenen Ausmass Kulturland vernichtet werden soll und gleichzeitig der bestehende Strassenraum nicht effizienter genutzt wird, stelle sich der Verband gegen das Projekt. (kob)